

Pakistan / Health Scheme

Besprechung vom 18. Mai 1972 mit Herrn Botschafter Mallet, Vertretern der GCI und der interessierten Firmen (Teilnehmerliste siehe Beilage)

Mallet orientiert: Die Lage ist unsicher. Präsident Bhutto bietet die einzige Möglichkeit einer gewissen Stabilisierung. Alles ist aber überschattet von dem für Ende Juni vorgesehenen Treffen mit Ministerpräsidentin Indira Gandhi. Bhutto plant Reformen betreffend Erziehung usw. Die Demarchen beim Gesundheitsminister und beim Minister for Presidential Affairs blieben ohne Erfolg. Der Gesundheitsminister rechnet mit einer dreimal höheren Produktion und entsprechenden Gewinnen. Der Minister for Presidential Affairs beurteilt die Lage nicht pessimistisch. Bei einer gemeinsamen Demarche Schweiz, BRD, USA würde England nicht mitmachen.

Der deutsche Botschafter hat seinerseits Demarchen unternommen. USA plant keine direkte Intervention, sondern behandelt das Problem über die lokalen Organisationen. England betrachtet die Frage als internes Problem Pakistans und unternimmt nichts.

Russel: Das Problem geht auf 2 Jahre zurück, als USA-Präparate zu weit über dem Weltmarktniveau liegenden Preisen importiert wurden. Könnte das Problem im Rahmen des Pakistan Konsortiums aufgeworfen werden? (Bühler: Sicher nicht im Zusammenhang mit der Konsolidierung, sondern höchstens mit der Frage der neuen Hilfe.)

Direkte Demarchen sind vorläufig aussichtslos. Gewisse Firmen (Glaxo, Pfizer) akzeptieren die neue Regelung und produzieren unter "generic names".

- 2 -

Russel schildert eine Vorsprache beim Gesundheitsminister. Es wurde ihm dargelegt, dass eine Produktion nicht mehr möglich sei, dass das Formulary zu eng sei und dass gegen Devisen eingeführte Rohstoffe unter dem neuen Gesetz nicht mehr zur Fabrikation verwendet werden können. Eine Diskussion sei nicht möglich gewesen; der Minister habe die Firmen lediglich aufgefordert, sofort die Produktion unter "generic names" durchzuführen. Ferner seien alle Formeln und Rezepte dem Ministerium abzuliefern. (Sie würden dann als "National Formulary" publiziert.) - Eine gewisse Erleichterung für die Aerzte liegt darin, dass sie weiterhin Medikamente abgeben dürfen, aber nur unter "generic names". Da Pfizer und Glaxo sowie die pakistanischen Firmen wieder produzieren, besteht für die sich weigernden Betriebe die Gefahr der Enteignung. Minister Rashid hat nämlich den Arbeitern zugesichert, dass niemand seine Stelle verlieren und er die sich weigernden Firmen übernehmen werde.

Hoffmann La Roche hat sich mangels genügender Information noch nicht entschieden. Offenbar könnte man zu den "generic names" den Firmennamen anbringen. Nach dem neuen Gesetz könne aber jede Firma jedes Medikament herstellen. Ferner wisse man nichts über die Preise, befürchte aber scharfe Reduktionen.*Einfluss der Abwertung? Evtl. werde Pakistan eine ähnliche Regelung wie Indien treffen. Die Firma hat in Pakistan nichts investiert. Sie wird keine Risiken für andere Märkte eingehen, nur um in Pakistan weiterfahren zu können.

*(Weltmarktpreise plus max. 20 %.)

Sandoz AG will nur auf Basis von Rohstoffen aus "approved sources" produzieren. Eine Hingabe der Formeln widerspricht dem Abkommen mit dem pakistanischen Partner. Auch die Arbeiter muss man bei Einstellung der Produktion behalten.

- 3 -

Ciba/Geigy AG ist in gleicher Lage wie Sandoz in bezug auf die Formeln. Wenn diese publiziert werden, könnte es zum Bruch der Firma mit Pakistan kommen. Die Filiale darf die Formeln nicht ausliefern. Wenn nur "generic names" (ohne Brand names) zugelassen und Importe nur via State Trading Corporation möglich sind, wird die Firma keine Pharma mehr produzieren. Die 150 Arbeiter muss man aber behalten. Die andern Abteilungen sind ohne Pharma kaum lebensfähig. (Die Investition in Pakistan ist nicht gross.) Ein Rückzug hätte allerdings den Verlust des "Status" in Pakistan zur Folge. Jedenfalls wäre eine Mehrheitsbeteiligung kaum mehr möglich. Die Firma muss sich aber, schon wegen der Sicherheit ihrer ausländischen Angestellten, rasch entscheiden. Die Konsequenzen für die weltweiten Beziehungen der Firma gehen allem vor.-Um jedes Risiko zu vermeiden, möchten die drei Firmen ihre Formeln bei der Botschaft oder beim Generalkonsulat deponieren. Man einigt sich auf Karachi. Mallet wird mit dem EPD abklären, ob dies möglich ist.

Schlussfolgerungen

Die Aussichten für eine Aenderung des Gesetzes sind gleich null. Die grösste Gefahr liegt darin, dass Pakistan zu einem Präzedenzfall für andere Länder werden könnte, welche sich darauf berufen und ähnliche Gesetze erlassen könnten. Etwa 50 % der Pharmafirmen werden bleiben, d.h. produzieren. Da Rashid nun im Amt bestätigt wurde, kann man nicht mehr "auf Zeit spielen" und zuwarten. Die Lage kann nur schlimmer werden. Führt das Gesetz zu einem Misserfolg, so wird man das den Firmen zur Last legen. Die Drohung mit Nationalisierung muss ernst genommen werden.

Weiteres Vorgehen:

- Vor allem müssen die Firmen nun ihren Entscheid treffen. Eine internationale Verständigung scheint nicht möglich. Die geplante Demarche bei Präsident Bhutto, auch wenn sie nötig ist, dürfte kaum Erfolg versprechen.

- 4 -

- Liegt ein - hoffentlich gleichlautender - Entscheid der Firmen vor, so werden wir Mallet darüber informieren. Er wird dann mit den andern Botschaftern die Möglichkeit einer gemeinsamen, eventuell zeitlich abgestuften Demarche abklären. Die Firmen werden uns zuhänden von Mallet eine begründete Erklärung zu stellen, wonach sie gezwungen seien, sich angesichts der neuen Lage aus Pakistan zurückzuziehen. Mallet wird dies dem Gesundheitsminister bekanntgeben und anschliessend Präsident Bhutto informieren.
- Dr. Cappus wird noch die deutsche Organisation anfragen, was sie zu tun gedenke.

Mit diesem Vorgehen erklären sich alle vertretenen Firmen einverstanden. Die GCI wird noch abklären, ob eventuell weitere Firmen in Betracht fallen.

Die Verwaltungsabteilung des EPD hat sich mit der erwähnten Deponierung der Formeln und Rezepte beim Generalkonsulat Karachi einverstanden erklärt. Die Firmen sind jedoch ausdrücklich darauf aufmerksam zu machen, dass darüber keine Korrespondenzen stattfinden dürfen (Gefahr das die Post in Pakistan geöffnet wird), es sei denn, via Abteilung für Verwaltungsangelegenheiten des EPD, unter Bezugnahme auf das Gespräch zwischen Botschafter Mallet und Dr. L. Meier, Stellvertretender Abteilungschef. Ich habe Dr. Egli, GCI, telefonisch informiert; er wird diese Meldung an die Firmen weitergeben.

Prüter

Teilnehmer an der Sitzung vom 18. Mai 1972, 15.00 Uhr,
betreffend Pharmaproblem in Pakistan

Herren:

Direktor Egli, GCI

Dr. Ulrich, GCI

Hechler, CIBA-GEIGY

Russel, CIBA-GEIGY, Vertreter in Pakistan

Dr. Isler, La Roche

Buchmann, La Roche

Dr. Wack, Sandoz

Fullagar, Sandoz

Dr. Cappus, Generalsekretär Inter-Pharma

17.5.1972

kü